

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) informierte die Partei- und Staatsführung über Vorkommnisse und Stimmen aus der Bevölkerung zum anstehenden Volksentscheid.

Am 6. April 1968 fand der einzige Volksentscheid in der Geschichte der DDR statt. Zur Abstimmung stand der Entwurf einer neuen Verfassung. In ihr wurde der SED ausdrücklich die führende Rolle in der DDR, dem nunmehr "sozialistischen Staat deutscher Nation", zugesprochen.

Damit bei der Abstimmung im Sinne der SED alles glatt ging und alle Wahlberechtigten ihr Kreuzchen beim "Ja" setzten, inszenierte die Staatspartei vorab monatelang sogenannte Volksaussprachen. Diese in Arbeitskollektiven, an Hochschulen, Universitäten und bei den Streitkräften organisierten Versammlungen dienten der Kontrolle und Lenkung des Abstimmungsverhaltens. Trotzdem sagten in einigen Regionen 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler "Nein" zur Verfassung.

Eine zentrale Rolle im Umfeld des Volksentscheids kam der Staatssicherheit zu. Der Befehl 8/68 von Stasi-Minister Mielke an alle Diensteinheiten war die Grundlage für die Maßnahme- und Einsatzpläne des MfS rund um den Volksentscheid. Aktion "Optimismus" war der geheimpolizeiliche Name für diese Operation. Sie begann am 28. März 1968, 17 Uhr, und endete am 7. April 1968, 17 Uhr.

Alle Diensteinheiten waren verpflichtet, regelmäßig über die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu informieren, vor allem darüber, ob es ablehnende Haltungen oder gar offenen Protest gegen die neue Verfassung gab. Die Berichte wurden zusammengefasst und an die Zentrale Auswertungs- und Kontrollgruppe (ZAIG) des MfS gemeldet. Diese hatte die Aufgabe, die Partei- und Staatsführung täglich auf dem Laufenden zu halten. So sollte das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand überwacht und gesteuert werden.

Die DDR-Bürgerinnen und -Bürger sahen laut dem vorliegenden ZAIG-Bericht vom Tag vor der Wahl die umfangreiche Wahlwerbung der SED zunehmend kritisch. „Negative oder feindliche Äußerungen“ aus der Bevölkerung sind im Bericht ebenso vermerkt wie die Haltung der Kirche und Reaktionen aus dem Westen.

Öffentliche Proteste sind unter dem Punkt "5. Feindliche Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen in der DDR. Hetzlosungen" aufgeführt. So stand an der Elsterbrücke in Oelsnitz in einer Länge von 4 Metern die Losung "Habt Mut zum Nein" und an einem Schuppen in 2 Metern Länge: "Habt Mut – stimmt Nein". Diese und weitere öffentliche Proteste dokumentierte die Stasi in regelmäßigen Berichten.

---

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11186, Bl. 234-248

---

### Metadaten

Datum: 3.4.1968

Überlieferungsform: Dokument

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

*Majore*

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

5. 4. 1968

BStU  
O234

7. B E R I C H T

zur Aktion "Optimismus", 3.4., 00.00 - 4.4., 24.00 Uhr

1. Reaktion der Bevölkerung der DDR

Nach vorliegenden Einschätzungen haben die Diskussionen zur Verfassung und zum Volksentscheid in allen Bevölkerungsschichten zugenommen, wobei der überwiegende Teil der Bevölkerung nach wie vor eine positive Haltung einnimmt.

Wie aus fast allen Bezirken berichtet wird, haben sich im Berichtszeitraum die Diskussionen wesentlich verstärkt, in denen der Umfang und die Art und Weise der Propagierung des Volksentscheids und der Verfassung kritisiert werden.

Derartige Diskussionen werden nicht nur von negativen, sondern vielfach auch von politisch aktiven Bürgern geführt. Dabei werden u.a. folgende Argumente gebraucht:

- Jeder Bürger der DDR könnte die positive Entwicklung unseres Staates selbst einschätzen und werde deshalb auch der neuen Verfassung zustimmen. Ein solcher Propagandaufwand sei deshalb überflüssig und wirke abstoßend.
- Es werde dafür zu viel Geld ausgegeben, daß man besser für andere Zwecke verwenden solle (Vietnam, Straßenbau, soziale Aufwendungen usw.)
- Die Art, Wahlsprüche auf Straßen zu schreiben, erinnere an die Propaganda von 1933.
- Die Straßen sollten nicht mit weißer Farbe vollgeschmiert werden, weil das ein Anlaß für negative Elemente wäre, Schmierereien in der gleichen Art durchzuführen.
- Durch die ständige Werbung für den Volksentscheid und in Presse, Rundfunk und Fernsehen leide die Information über internationale Probleme, was zur Folge hätte, daß sich viele Menschen bei den Westseitern informieren.

**Bericht zur Aktion "Optimismus"**

BSTU  
0235

- 2 -

Derartige Argumente wurden u.a. in einer Parteigruppenversammlung des Heinrich-Hertz-Instituts diskutiert.

Negative oder feindliche Äußerungen wurden wiederum vor allem aus Kreisen der Studenten, Intellektuellen und religiös eingestellten Personenkreisen bekannt. Die dabei vorgebrachten Argumente gleichen ihrem Inhalt nach im wesentlichen den in den vorangegangenen Berichten genannten Argumenten und Parolen.

Zu negativen Diskussionen – verbunden mit der Ablehnung Willenserklärungen abzugeben – kam es unter Studenten der Uni Halle, der TU Dresden (Schwerpunkt Fakultät für Elektrotechnik) und der Uni Jena.

In Halle-Neustadt und in den chemischen Großbetrieben Leuna und Buna treten weiter im Zusammenhang mit der Änderung der Fernsehantennenverstärker in Halle-Neustadt negative Diskussionen auf. Nach wie vor gibt es Einzelstimmen, daß Bürger deswegen nicht am Volksentscheid teilnehmen wollen.

Die BV Halle schätzt ein, daß es trotz anhaltender negativer Diskussionen in Halle-Neustadt keine Massenbasis für negative Kräfte gebe.

Bemerkenswert ist jedoch, daß sich unter den 28 Personen des Blocks 620 Halle-Neustadt, die eine Protestresolution an den Rat der Stadt unterschrieben, 6 Mitglieder der SED, 2 aus der SED ausgeschlossene Personen, 5 Westrückkehrer, 3 Vorbestrafte, 1 ehem. Bundeswehrangehöriger, 2 wegen Arbeitsbummelei angefallene Personen und eine stark religiös eingestellte Person befindet.

Die Diskussionen zum Volksentscheid und zur Verfassung stehen weiterhin im engen Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR. Es wurden Spekulationen über eine künftige Abwendung der CSSR vom sozialistischen Lager angestellt und mit Hoffnungen verknüpft, daß eine derartige Entwicklung zu einem bestimmten Zeitpunkt auch in der DDR einsetzen werde.

**Bericht zur Aktion "Optimismus"**BTU  
0236

- 3 -

Nach inoffiziellen Angaben wurde eine derartige Meinung u.a.  
auch von der Schauspielerin [REDACTED] vertreten.

Der Schriftsteller [REDACTED] lehnte es trotz mehrfacher Ver-  
suche der HGL ab, sich an der Ausschmückung des Hauses zum  
Volksentscheid zu beteiligen. [REDACTED] ist bereits der letzten  
Wahl ferngeblieben.

2. Zur Haltung der Kirche

Zur Haltung kirchlicher Kreise, Religionsgemeinschaften und  
Sekten zum Volksentscheid gab es im Berichtszeitraum keine  
neuen internen Informationen.

Von einigen BV wird eingeschätzt, daß viele Geistliche beider  
Konfessionen gegenwärtig eine abwartende Haltung zum Volks-  
entscheid einnehmen.

Im Bez. Neubrandenburg brachten einige Pfarrer zum Ausdruck,  
daß sie noch nicht wissen, wie sie sich beim Volksentscheid  
verhalten sollen, da sie noch keine diesbezügliche Anweisung  
von ihrer Kirchenleitung erhalten hätten.

Ahnliche Äußerungen von Pfarrern liegen aus den Bezirken  
Magdeburg und Leipzig sowie Cottbus vor.

3. Westliche Reaktion auf den Volksentscheid

Interne/ Äußerungen westlicher Politiker zum Volksentscheid  
wurden im Berichtszeitraum nicht bekannt.

Westdeutsche Wirtschaftskreise (Verkaufsdirektoren aus dem  
Spalter-Konzern und der Mannesmann-AG) vertraten die Auffassung,  
daß das politische Prestige der DDR mit der Durchführung des  
Volksentscheides gehoben werde, da die neue Verfassung auch  
nach außen die politisch-moralische Festigung der DDR doku-  
mentiere. Die Regierung der DDR wolle damit die politische Ge-  
schlossenheit der Bevölkerung der DDR den Ereignissen in Prag  
und Warschau gegenüberstellen. Von obengenannten Kreisen wurde  
bedauert, daß die DDR Gelegenheit habe, mit dem Volksentscheid  
ihre starke Position unter Beweis zu stellen und der Bonner neuen  
Ostpolitik einen weiteren Schlag zu versetzen.

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

BStU  
0237

- 4 -

4. Feindliche Pläne und Maßnahmen

Durch zuverlässige Informationen wurde bekannt, daß sich das Bundesamt für Verfassungsschutz inoffiziell für folgende Probleme des Volksentscheides stark interessiert:

- Wo sind im Abfertigungsablauf der Abstimmungshandlung die Wahlkabinen aufgestellt, d.h. erweckt die Anlage den Eindruck, daß es umständlich und auffällig wirkt, wenn ein Bürger die Kabine benutzt?
- Gibt es Anzeichen und Hinweise, daß/die Kabine aufsuchenden Bürger unschuldig registriert werden? In einem gewissen Zeitabstand vom Abstimmungstag ist darauf zu achten, ob Personen wegen Aufsuchen der Kabine benachteiligt oder anderweitig belangt werden.
- Wie nimmt die Bevölkerung an der öffentlichen Stimmabzählung Anteil und wer von den im Abstimmungsvorgang tätig gewesenen Leuten (Wahlleiter, Helfer u.a.) ist dabei anwesend?
- Welche Möglichkeiten ergeben sich für eine ungültige Stimmabgabe bzw. was wird als ungültig eingestuft?

(Zu diesen Problemen scheint beim BfV auf Grund einer Fehleinschätzung der inneren Situation der DDR Unsicherheit zu herrschen, da als Hauptproblem die Frage steht, woraus die relativ hohe Ruhe und Gefäßtheit der DDR-Bevölkerung vor dem Volksentscheid, vor allem unter dem Eindruck der Ereignisse in der CSSR zu erklären sind.)

Zur Erforschung von Stimmungen und Meinungsäußerungen von SED-Mitgliedern und der übrigen Bevölkerung orientiert das BfV auf folgende Komplexe:

- Wie wird das Fehlen eines Artikels in der Verfassung bemängelt, der konkret die Stellung der beiden Teile Deutschlands zueinander erläutert und der spezielle Regelungen beinhaltet, unter welchen Bedingungen alle Bürger gleichberechtigt Reisen in die DDR und das Ausland durchführen können, so daß es nicht mehr der "Willkür" der Polizei überlassen bleibt, je nach Zuverlässigkeit und Stellung solche Reisen zu genehmigen.
- Gibt es unter Christen und Katholiken Diskussionen darüber, daß zwar auf dem Papier eine gewisse Glaubensfreiheit gewährt wird, aber in der Praxis durch Reisebehinderungen für Kirchen-

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

BStU  
0238

- 5 -

führer nach Westdeutschland und das kap. Ausland nicht existieren? Würden dazu Meinungen laut, daß es Aufgabe der DDR-CDU sei, sich öffentlich für diese Dinge einzusetzen?

- Welche Resonanz haben die Ausführungen Schmitzlers zu den Fragen der Opposition unter sozialistischen Verhältnissen im Zusammenhang mit der sich in der CSSR entwickelnden Opposition? - die sich nicht gegen die bestehende Öffnung richtet, sondern mittels Kritik und Anfragen noch vorhandener Mißstände und Mängel beseitigen hilfe, gefunden?
- Sprechen sich die Arbeiter gegen das Fehlen des Streikrechts in der neuen Verfassung aus bzw. wie wird dazu von Seiten der SED argumentiert?
- Treten vor allem unter den SED-Mitgliedern Meinungen zutage, daß aufgrund der Entwicklungen in anderen soz. Staaten und den in der neuen Verfassung fehlenden Grundsätzen der Demokratie W. Ulrich der letzte Verfechter einer "dogmatischen Linie" sei.

Ergänzend zum 6. Bericht wurden im Verlaufe des 4.4.68 in den Kreisen Iohenstein und Pöhlitz/Gera 1400 Netzflugblätter, die mittels Ballon eingeschleust wurden, sichergestellt. Weiter wurden in den Kreisen Geithain, Grimma, Oschatz und Schmölln/Leipzig weitere 700 Netzflugblätter aufgefunden.

In den Kreisen Meiningen und Suhl sind ebenfalls am 3.4. mittels Ballon größere Mengen Hetzschriften eingeschleust und davon inzwischen ca. 150 000 Ex. sichergestellt worden. Bei den eingeschleusten Hetzschriften bzw. Netzflugblättern handelt es sich um: "Volksarmee", "Mitteldeutsche Arbeiterzeitung", "Flucht über See", "Marschrute eines Lebens" und "Dokumente des November 1967".

Von der Postzollfahndung wurden am 4.4. insgesamt 17 Postsendungen kirchlicher Literatur sichergestellt. Es handelt sich dabei um Exemplare der "Lutherischen Monatsschrift" des Evangelischen Kirchenboten", des ev. Sonntagsblattes "Der Weg", um das "Nürnberger evangelische Blatt" und den "Katholischen Presse-dienst".

**Bericht zur Aktion "Optimismus"**

- 6 -

BStU  
0239

Die kirchliche Literatur enthält Artikel über das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR, in denen z.T. eine Neufassung der Kirchenartikel in der Verfassung gefordert wird.

5. Feindliche Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen i.d.DDR

Im Berichtszeitraum wurden folgende feindliche Handlungen und Vorkommnisse festgestellt, die den wesentlichsten Anteil der Feindtätigkeit ausmachen:

- Verbreitung selbstgefertigter Hetzschriften (17 Fälle mit 1496 Stück)
- Anschmieren von Hetzlosungen (30 Fälle mit 46 Hetzlosungen)
- Mundliche Hetze (12 Fälle)
- Anschmieren von Hakenkreuzen (12 Fälle mit 18 Schmierereien)
- Beschädigen, Abreissen bzw. Beschmieren von Plakaten (161 Fälle)
- Akreissen von Fahnen (25 Fälle)
- Versenden von Hetzbriefen (14 Fälle)

Durch die Diensteinheiten wurden im Ergebnis der Untersuchungen unter Einbeziehung der in den anderen Lageberichten genannten Vorkommnisse im Berichtszeitraum 45 Täter ermittelt. Den größten Anteil haben Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren. In der überwiegenden Mehrzahl sind keine staatsfeindlichen Motive die Ursache der Handlungen. Sie wurden meistens unter Einfluß von Alkohol bzw. aus Übermut begangen.

Verbreitung selbstgefertigter Hetzschriften

Am 4.4. in der Zeit zwischen 01.30 Uhr 2.45 Uhr wurden in Jen/Gera im gesamten Stadtgebiet ca. 900 selbstgefertigte Hetzschriften mit dem Inhalt "Nein" sowie durchkreuztem Kreis durch unbekannte Täter verbreitet.

Größe A 5. Verwendet wurde Schreibmaschinendurchschlagpapier. Herstellung erfolgte im Druckverfahren. Die Aufmachung ähnelt einem Stimmzettel. Es wurden verschiedene Farben verwendet. Der oder die Täter sind bisher nicht bekannt.

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

BTU  
0240

- 7 -

Am 4.4. gegen 17.00 Uhr wurden im Stadtgebiet von Leipzig in unmittelbarer Nähe der BV in einigen Hausfluren ca. 220 Hetzflugblätter, die mittels Handdruckkasten hergestellt worden sind, gefunden. Inhalt: "Nein" oder "Ja" - nur nach Deinem Gewissen" Größe 14 - 16 cm. Täter sind bisher nicht bekannt.

Ergänzend zum 6. Lagebericht/S.10 wird mitgeteilt, daß die durchgeführten Untersuchungen in Dresden ergaben, daß an 12 Tatorten im Zentrum der Stadt insgesamt 232 Hetzflugblätter mit dem Text: "Soll das Regime nicht strenger sein, dann wähle Nein" gefunden worden. Täter wurden bisher noch nicht ermittelt.

"Auch das ist möglich und erlaubt" und darüber ein Kreuz mit "Nein" ist der Text von Hetzschriften, die am 3.4. in Hausbriefkästen der Kollwitzstraße [REDACTED] sowie Straßburger Straße [REDACTED] im Bez. Prenzlauer Berg in 6 Exemplaren eingeworfen wurden. Größe 10 x 14 cm. Täter bisher noch nicht bekannt.

Hetzschriften im Format A 5 mit dem Inhalt: "Nein" und Kreis mit Kreuz aufgestempelt mit großen Buchstaben auf unliniertes weißes Schulheftpapier wurden in 23 Fällen in Hausfluren der Winzerstraße [REDACTED], Immanuelkirchstraße [REDACTED], Heinrich-Roller-Straße [REDACTED], Greifswalder Straße [REDACTED], Christburgerstraße [REDACTED], Bützowerstraße [REDACTED] am 3.4. im Bez. Prenzlauer Berg zur Ablage gebracht. Täter bisher noch nicht ermittelt.

Im Bez. Treptow, Sterndamm [REDACTED] sowie Heidekampweg [REDACTED] wurden 3 Hetzschriften mit dem Inhalt "Sagt Nein zur Verfassung" in Briefkästen eingeworfen. Größe A 6, bräunliches Papier mit roter Tinte in Blockschrift.

Im Stadtbezirk Lichtenberg sind in den Nachmittagsstunden des 4.4. durch eingeleitete Suchaktionen im U-Bahnhof/Ausgang Weitlingstraße/Frankfurter Allee, im S-Bahnhof, Bahnsteig A, in der Tasdorfer Straße, Pfarrstraße, Scheffelstraße, Wolfgangstraße, Möllendorfstraße, Kühlblockstraße, Normannen/Banke Ruschestraße, Scherenbergstraße, weitere 27 selbstgefertigte Hetzschriften A 5, schwarzer Untergrund, weißer Text mit dem Inhalt: "Stimmt mit Nein" und durchkreuztem Kreis gefunden worden.

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

BStU  
0241

- 8 -

Weitere 4 Exemplare gleichen Inhalts wurden auf dem Bahnhof Friedrichstraße/Cleis C sowie 3 Ex. im S-Bahnhof Alexanderplatz aufgefunden.

Der Schüler [REDACTED], [REDACTED], geb. [REDACTED], 35. Oberschule, fertigte 4 Hetzsettel mit dem Inhalt "Nein zur Verfassung" an. Der Vater des [REDACTED] ist [REDACTED] des [REDACTED] der DDR.

Ergänzend zum 6. Bericht/S.10 wird mitgeteilt, daß als Täter der [REDACTED], geb. [REDACTED], wh. Eln-Treptow, [REDACTED] ermittelt wurde. [REDACTED] hatte bei der Festnahme noch 61 Hetzflugblätter, die auf einem Ormig-Gerät abgesogen worden waren, bei sich. Insgesamt hatte [REDACTED] 180 Flugblätter hergestellt in der Größe A 5 mit dem Inhalt "Nein" und ein Kreis mit Kreuz.

In Greifswald/Rostock wurden in der Nacht vom 3./4.4. 50 selbstgefertigte Hetzschriften, deren Fundorte sich auf das gesamte Stadtgebiet verteilen, durch unbekannte Täter gestreut. Größe A 4. Angewendet wurde Hochdruckverfahren, vermutlich mittels Linolschnitt. Inhalt: "Nein" mit einem darunter befindlichen durchkreuzten Kreis. 6 Hetzschriften tragen die Aufschrift: "Studenten stimmt in der Kabine ab". Diese Flugblätter sind in Blockschrift mittels Bleistift gefertigt worden.

In Greiz/Gera verbreiteten 2 Schüler im Alter von 11 Jahren selbstgefertigte Hetzschriften mit der Losung "Stimmt mit Nein". Über die Motive liegen noch keine Angaben vor.

Am 4.4. wurde in einem Postbriefkasten im Stadtgebiet von Cölnnitz/KMStadt eine mit Schreibmaschine selbstgefertigte Hetzschrift gefunden. Text: "Bürger, stimmt am Sonnabend, 6.4. 68 mit Nein. Wir wollen Freiheit, fort mit Mauern, Stacheldraht, Ulbricht und Genossen" (Die Begehnungsweise ist mit der im 6. Lagebericht, S. 11 genannten identisch). Täter ist bisher unbekannt.

**Bericht zur Aktion "Optimismus"**BSTU  
0242

- 9 -

Im Gebäude der Uni Halle wurde am 3.4. eine mit Schreibmaschine gefertigte Hetzschrift in der Größe 21 x 7 cm und dem Inhalt: "Studenten, Bürger, Verfassungsschwindel, Wahnschwindel, Massenverdummung - wie lange noch? Ein Prager Frühling täte uns wohl" gefunden. Der Täter ist bisher unbekannt.

Hetzlösungen

In Berlin, Prenzl.Berg wurde im Treppenhaus der HOG Pappelallee auf einem vorhandenen Aufruf zur Großkundgebung mittels Kugelschreiber in lateinischer Handschrift die Hetzlosung: "Ohne uns - marschiert allein, weg mit der Mauer" angebracht. Täter ist unbekannt.

In Neuruppin/Potsdam brachte der [REDACTED], geb. [REDACTED], Hilfsarbeiter im [REDACTED] an der Stadtmauer mittels grau-grüner Ölfarbe eine Hetzlösung mit dem Inhalt: "Am 6. Mai Nein" an. Größe 1.50 x 2.00 mtr. BV eingeleitet.

Unbekannte Täter schmierten im Kreis Riebnitz-Damgarten/Rostock am 4.4. auf 2 Landstraßen L.Crdnung mittels weißer Latexfarbe die Hetzlosung: "Am 6.4. mit Nein". Größe der Lösung: 1 mtr.

In Rauen/Frankfurt wurde am Anschlagbrett der Gemeinde ein selbstgefertigtes mit roter Tuschfarbe beschriebenes Hetzplakat mit dem Inhalt: "Verfassung - Nein" angebracht. Als Täter wurden der [REDACTED], geb. [REDACTED], Abiturient, vorbestraft wegen Mahlerei, [REDACTED], geb. [REDACTED], vorbestraft wegen Alkoholmissbrauch, [REDACTED], geb. [REDACTED] ermittelt. Als Tatmotiv wurde erarbeitet: Die Täter wollten demonstrieren, daß es Bürger gibt, die gegen die Verfassung sind. BV durch Abt. IX BV Frankfurt eingeleitet.

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

BStU  
0243

- 10 -

Im Umkleideraum der Konserven- und Marmeladenfabrik Rostock schmierten der [REDACTED], [REDACTED] geb. [REDACTED], Transportarbeiter, vorbestraft nach § 8, Paßgesetz und der [REDACTED], [REDACTED] geb. [REDACTED], Transportarbeiter auf einem Arbeitsnachweiszettel, wo zum Volksentscheid aufgerufen wurde, mehrmals mit "Nein". EV eingeleitet.

Der kath. Pfarrer [REDACTED], [REDACTED], geb. [REDACTED], aus dem Kreis Liebenwerda/Cottbus, wurde am 4.4. in Riesa durch die VP festgenommen. An der Heckseite seines Pkw-Wartburg hatte er die Losung angebracht: "Viel ist gut in der neuen Verfassung. Viel fehlt in der neuen Verfassung, das nur garantiert als Christ und freier Mensch zu leben. Deshalb sage ich zur Verfassung nein." Bei der Befragung trat der [REDACTED] arrogant und überheblich auf. Nach Konsultation zwischen dem Leiter der BV Dresden und dem Ltr. der HA XX erfolgte die Aufhebung der Festnahme.

In Dippoldiswalde/Dresden wufde an die Schloßmauer mittels Kreide die Netzlosung "Gebt Euer Nein" durch unbekannte Täter geschmiert. Größe 30 x 3 km.

Im Stadtgebiet Dresden an der Umzäunung des Kulturhauses, welches gleichzeitig Abstimmungskiosk ist, wurde mittels Holzkohle eine 85 x 10 cm große Losung mit dem Inhalt: "Unser Nein zur Verfassung" durch unbekannte Täter angebracht.

In einer Länge von 4 mtr. brachten unbekannte Täter an der Elsterbrücke in Oelsnitz/KN Stadt mittels Farbe die Netzlosung "Habt Mut zum Nein" an. An einem Sockel der Brücke war weiterhin das Wort "Nein" geschmiert worden. Im gleichen Ort wurde in einer Länge von 2 mtr. an der Stirnwand eines Schuppens mittels Farbe durch unbekannte Täter die Netzlosung "Habt Mut - stimmt Nein" angebracht.

**Bericht zur Aktion "Optimismus"**

- 11

BStU  
0244

In Friedrichsgrün/KMStadt schmierten unbekannte Täter mittels hellgrauer Ölfarbe auf der Straße in einer Größe von 1.45 x 80 cm großen Buchstaben in beiden Fahrtrichtungen das Wort "Nein" sowie einen durchkreuzten Kreis.

Am Bretterzaun des VEB Polyplast in Halle wurden in einer Länge von 80 mtr. 16 Hetzlosungen mittels Schulkreide und dem Inhalt "Nein" sowie durchkreuztem Kreis durch unbekannte Täter angebracht. Buchstabengröße 15 x 25 cm.

Im Pernadelwerk Arnstadt/Erfurt schmierte ein dort zur Ausbildung weilender kongolesischer Bürger auf eine vorgedruckte schriftliche Stellungnahme zur neuen Verfassung den Satz:  
"Mit Hilfe von General Westmoreland"

Aus dem Verkehrswesen, speziell Reichsbahn, gibt es im Berichtszeitraum 4 Fälle mit Anschmieren von Hetzlosungen an Lokomotiven, S-Bahnzügen, Bahnhöfen, Mitropagaststätten, deren Inhalt sich gegen den Volksentscheid richtet.

Mündliche Hetze

Die im Berichtszeitraum bekanntgewordenen Fälle traten in den Bezirken Berlin, Rostock, Leipzig sowie Suhl auf. Der Inhalt der hetzerischen Äußerungen richtet sich gegen den Volksentscheid, gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR sowie gegen den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. Besondere Konzentrationen sind dabei nicht aufgetreten.

In allen Fällen wurden Untersuchungen bzw. Ermittlungsverfahren gegen die Täter eingeleitet.

Hakenkreuzzsmierereien

Im Berichtszeitraum traten derartige Fälle in den Bezirken Berlin, Rostock, KMStadt, Halle, Leipzig, Gera und Erfurt auf. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

**Bericht zur Aktion "Optimismus"**BTU  
0245

- 12 -

Plakatabrisse, Beschädigungen und Beschmieren von Plakaten

Gegenüber dem 6. Lagebericht ist ein Ansteigen dieser Vorkommnisse zu verzeichnen. Schwerpunkte bilden nach den bisher eingegangenen Berichten die Bezirke Halle, Leipzig, Berlin, Potsdam und Erfurt. Im Zusammenhang mit derartigen Handlungen wurden 12 Personen als Täter ermittelt, gegen die teilweise Ermittlungsverfahren eingelöst wurden. Der überwiegende Teil der Täter sind Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren, die vielfach unter Einfluß von Alkohol handelten.

In den meisten Fällen wurde auf Plakaten zum Volksentscheid das aufgedruckte "Ja" mit "Nein" überschmiert.

Fahnenabrisse

Die im Berichtszeitraum gegenüber dem 6. Lagebericht in Erscheinung getretenen Fälle waren in ihrer Anzahl konstant. In der Mehrzahl traten sie in den Bezirken Cottbus, Dresden, Berlin sowie Halle auf. Es wurden insgesamt 5 Täter ermittelt. Wiederum handelt es sich hier überwiegend um Jugendliche, die die Handlungen unter Einfluß von Alkohol begangen haben. In einem Falle handelt es sich um einen NVA-Angeh. aus dem Standort Dessau.

Versenden von Netzbriefen

Im Bez. Halle wurden an die Redaktion der "Freiheit" /Aschersleben 2 Netzbriefe versandt, deren Inhalt sich gegen die Rentenordnung sowie gegen den Verfassungsentwurf richteten.

In Radebeul/Dresden erhielten 10 Personen unterschiedlicher Berufe und gesellschaftlicher Stellungen Postkarten mit hetzerischem Inhalt. Der Text lautet: "Nehmt Euer Recht wahr - stimmt Nein". Als Tatmittel wurden Buchstaben eines Handdruckkastens benutzt.

Dem Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg wurde eine anonyme Postkarte mit dem Inhalt: "Die Jugend der DDR wird eines Tages die Alt-Stalinisten in der DDR genauso hinwegfegen, wie in der CSSR" zugestellt.

**Bericht zur Aktion "Optimismus"**BStU  
0246

- 13 -

Der SED-Kreisleitung Staffurt wurde ein Hetzbrief folgenden Inhaltes zugesandt: "Ihr nehmt uns die Feiertage, unseren Urlaub und unseren Lohn - deshalb Nein".  
In allen Fällen konnten bisher keine Täter ermittelt werden.

Der KB Seelow/Frankfurt wurde ein anonyme Brief durch die Post zugestellt, in dem ein Bürger mitteilt, daß er und seine Familie sowie andere Personen nicht am Volksentscheid teilnehmen werden, da deren Anträge auf Besuchsreisen nach Westdeutschland abgelehnt wurden.

Zu beachtende weitere Vorkommnisse

Aus dem Bez. Suhl wird bekannt, daß der Jugendliche [REDACTED], geb. [REDACTED], wh. Frauensee Krs. Bad Salzungen in Jena bei einem Kinobesuch seine Brieftasche verlor. In der Brieftasche, die bei der VP abgegeben wurde, befanden sich Unterlagen, aus denen der Verdacht der Zugehörigkeit des [REDACTED] zu einer negativen Gruppierung ersichtlich ist, die während des Volksentscheides Störhandlungen beabsichtigte. So wurden u.a. handschriftliche Ausweise auf den Namen [REDACTED] und [REDACTED] gefunden. Die Ausweise beinhalteten Auszeichnungen wie: Provozierungsklakette in Gold für gutes Provozieren und Aufmucken oder der Inhaber dieses Ausweises hat die Provozier- und Aufrührberechtigung sowie andere Vermerke.  
Entsprechende Untersuchungen sind eingeleitet.

In der Betriebszeitung 7/68 des VEB Holzverarbeitungswerk/Klosterfelde Krs. Barneu wurde im 12. Artikel ein Satz derart entstellt gedruckt, so daß er lautete: In vielen Vorschlägen durch Partei und Regierung wurden Hinweise unterbreitet, wie die Spaltung erreicht werden konnte. 1800 Ex. sind bereits an die Betriebsangehörigen verteilt worden. Der Druck erfolgte im Verlag "Tribüne"

## Bericht zur Aktion "Optimismus"

BStU  
0247

- 14 -

Durch die BV Potsdam wird bekannt, daß sich im Carl v.Ossietzky-Werk/Teltow eine negative Gruppierung gebildet hat, die sich "Club der Verfassungsgegner" nennt. Als Initiatoren traten die Arbeiter [REDACTED] und [REDACTED] in Erscheinung. Bisher wurde bekannt, daß durch den [REDACTED] und [REDACTED] versucht wurde, Arbeitskollegen gegen den Volksentscheid und die Verfassung aufzuwiegeln und zum "Nein"-stimmen zu bewegen. Die weiteren Untersuchungen werden durch die Op. Gruppe des MfS geführt.

Im Einreiseverkehr aus Westberlin in die Hauptstadt der DDR zeigten sich im Berichtszeitraum keine besonderen Schwerpunkte. Der Verkehr wird als normal eingeschätzt.

Von den 3 westlichen MVM unternahmen am 3.4. Fahrzeuge 7 Aufklärungsfahrten in die Bezirke Cottbus, Dresden, Halle, Gera und Potsdam.

Die Fahrtätigkeit der westlichen Militärmissionen in der Hauptstadt der DDR lag nicht über dem Durchschnitt.

Organisierte Aufrufe zur Nichtteilnahme am Volksentscheid

- Von Geistlichen des Bereiches der Kirchenleitung Görlitz wurden in verstärktem Maße Versuche unternommen, Bürger gegen den Volksentscheid zu beeinflussen.
- Pfarrer Terpt, Kreis Luckau erklärte während einer Predigt, in welcher er zur Verfassung Stellung nahm, daß sich die Glaubensbrüder bei ihrer Entscheidung am 5.4. nicht an den Darlegungen von Mitzenheim stoßen sollen.
- Pfarrer Seyda, Kreis Jessen äußerte in einer Zusammenkunft mit Eltern "Wenn Sie mit Ja stimmen sollten, werden Ihre Kinder nicht konfirmiert".
- Ein leitender Würdenträger der Jesuitenniederlassung Leipzig orientierte auf eine Abgabe von Nein-Stimmen beim Volksentscheid

Bericht zur Aktion "Optimismus"

- 15 -

BSTU  
0248

Mangel in der Vorbereitung des Volksentscheides

Durch die Hochschulparteileitung der TH Magdeburg wurde bekannt, daß ca. 100 Studenten der TH im Besitz von 2 Abstimmungskarten sind. Dieser Umstand sei auf eine Anweisung des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen, daß die Studenten zentral in der TH ihrer Abstimmungspflicht nachkommen sollten, zurückzuführen. Da diese Anweisung jedoch wieder verworfen wurde und die Studenten inzwischen von ihren zuständigen Abstimmungskarten geholt hatten, sind diese – im wesentlichen in Magdeburg wohnhaften Studenten – im Besitz von 2 Abstimmungskarten. Über die genaue Anzahl der Studenten und über die Klärung dieser Angelegenheit wird von der BV Magdeburg nachberichtet.